

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

ersch. täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vormittag 10 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis vierteljährlich 2,85 Mk., monatlich 95 Pfg. Einzelne Nummer 10 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 20 Pfg., von auswärts 25 Pfg., Kleinanzeigenpreis 40 Pfg., die dreispaltige Zeile im mittleren Teile 40 Pfg. Nachschlag nach festem Tarif.

Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirter Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Frau Emma verw. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Ruffen.

Fernsprecher Nr. 9. — Postfach Nr. 8.

Postcheckkonto beim Postfachamt Leipzig Nr. 4436

Gemeindeverbands-Giro-Konto Waldenburg Nr. 16.

gleich weit verbreitet in den Ortspfaffen der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 284.

Freitag, den 6. Dezember

1918.

Witterungsbericht aufgenommen am 5. Dezember, Mittag 1 Uhr: Barometerstand 766 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 8,5° C (Morgens 8 Uhr + 7° C. Tiefste Nachttemperatur + 7° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 77%. Taupunkt - 4,5°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 3,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 6. Dezember: Zeitweise dunstig bedeckt.

Amtlicher Teil.

Ausdruck und Ablieferung von Getreide.

Auf Grund des § 5 Abs. 3 Satz 2 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 (RGBl. S. 435) wird bestimmt, daß die Besitzer von Getreide, das gemäß § 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 beschlagnahmt ist, ihr Getreide spätestens bis zum 15. Januar 1919 einschließlich auszudreschen haben.

Unmittelbar im Anschluß an den Ausdruck und spätestens bis zum gleichen Zeitpunkt ist das Getreide abzuliefern, soweit es nicht nach den bestehenden Vorschriften zur Ernährung der Selbstversorger, zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes oder zur Befüllung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke zurückgehalten werden darf. Anerkanntes Saatgut und sonstiges Saatgut, zu dessen Veräußerung der Unternehmer berechtigt ist (§ 9 der Verordnung über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1918 zu Saatwecken vom 27. Juni 1918 — RGBl. S. 677 —) sowie die von der Reichsgetreidekasse zur Verarbeitung aus der eigenen Ernte des Unternehmers freigegebenen Getreidemengen bleiben von der Ablieferung frei.

Als Besitzer im Sinne dieser Verordnung gelten auch

die mit der Verwaltung der Vorräte für den Eigentümer betrauten Inhaber des Gewahrsams.

Soweit einzelne Kommunalverbände für den Ausdruck und die Ablieferung des Getreides schon frühere Termine angeordnet haben oder noch anordnen, behält es dabei sein Bewenden.

In einzelnen, besonders begründeten Ausnahmefällen, in denen der Ausdruck und die Ablieferung bis zum 15. Januar 1919 auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, sind die Kommunalverbände berechtigt, die Frist bis zum 31. Januar 1919 zu erstrecken. Soll die Fristverlängerung für ganze Gemeinden oder Bezirke ausgesprochen werden, so ist hierzu die Genehmigung des Landeslebensmittellamtes erforderlich.

Gefuche auf Verlängerung der Ausdruckfrist über den 31. Januar 1919 hinaus sind unter eingehender Begründung beim zuständigen Kommunalverband einzureichen, der sie unter gutachtlicher Stellungnahme dem Landeslebensmittellamt vorzulegen hat.

Wegen Feststellung der beschlagnahmten Vorräte nach Beendigung des Ausdrucks bleiben weitere Vorschriften vorbehalten.

Dresden, am 2. Dezember 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Freitag Nachmittags 1/2 2—1/2 5 Uhr Verkauf

städtischer Vorratskohlen

im Hofe des Erdmann'schen Grundstücks an Waldenburger Haushaltungen je 1 Ztr. auf rote Kohlenkarte bis Abschnitt 8.

Waldenburg, den 5. Dezember 1918. Der Stadtrat.

Gier-Verkauf.

Freitag von 4—7 Uhr Nachmittags Abgabe von Gier auf Gierkarte Marke 19 zunächst bis Nr. 458. Etwa 56 Pfg. Die Gier dürfen nicht in der Schale gefischt werden.

Waldenburg, den 5. Dezember 1918. Der Stadtrat.

Für 1. Januar 1919

tüchtige Handarbeitslehrerin

gesucht. Bewerbungen zu richten an den Schulvorstand zu Remse. Pfarrer Baldeweg.

Höchstpreise für Gemüse.

(Berichtigung.)

In der Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 29. November 1918 — 2197 V G 2 —, Nr. 279 der Sächsl. Staatsztg. vom 30. November 1918, muß es unter I. B. Nr. 15 Runkelrüben (Futterrunkelrüben) Gruppe 1 Großhandelspreis statt 2,8 heißen: 3,6.

Die Armee Mackensen entwaffnet.

Die Wahlen zur Nationalversammlung finden möglicherweise bereits am 15. Januar statt.

Der Postverkehr mit den deutschen Schutzgebieten ist wieder freigegeben.

Die englische Flotte will Bremen und Hamburg vor Anschlägen schützen.

In Berlin hat sich am Sonnabend ein Offiziersbund gebildet.

Die Bergleute im Saarrevier verlangen den Achtundtag und drohen mit Streik.

In St. Avold plünderte der Pöbel das Proviantamt und brannte dieses und die Infanteriekaserne nieder.

In Wien ist es zu schweren Plünderungen gekommen.

Die ungarische Regierung soll die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen.

Die Schweiz hat für Tirol 10 Waggons Mehl und 3 Waggons Reis nach Innsbruck gehen lassen.

Für den tschechisch-slowakischen Staat sind in Vordanz ungeheure Mengen Lebensmittel angelangt.

Portugal verlangt 420 Millionen Milreis Schadenersatz von Deutschland.

England behält die Dienstpflicht bei.

Deutsche Uboote werden in London ausgefickt.

Drest-Bitowsk befindet sich in den Händen der Polen.

Wilson ist am Mittwoch von Amerika abgereist.

*Waldenburg, 5. Dezember 1918.

Die Nationalversammlung muß vorhanden sein, wenn wir Frieden und Brot haben wollen. Die Wahlen sind für den 16. Februar 1919 festgesetzt, ein Termin, der viel zu spät erscheint. Man hört von Vorbereitungen, von Mißständen und Gegnerschaften. Man sieht, daß auch die Revolution ihre Bürokratie und ihre Formalien hat.

Die Nationalversammlung ist am allerndichtigsten, weil unsere Notlage immer größer wird. Die Wochenverstreuer ergebnislos mit Vorberatungen, Vorbereitungen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Volksbeauftragten, Volkszugsauschüß, Soldaten- und Arbeiteräten.

Man will warten, bis der letzte Soldat demobilisiert ist. Man wollte ursprünglich sogar warten, bis das besetzte Gebiet mitwählen kann. Man will warten, bis alle 40 Millionen Wähler und Wählerinnen pünktlich am rechten Ort mit der richtigen Nummer in der Liste stehen. Aber in Notzeiten müssen auch einmal Notbehelfe dienen, und der jetzige Notbehelf der Arbeiter- und Soldatenräte ist

wirklich noch wesentlich ungenügender als selbst eine noch etwas unfertige Nationalversammlung. Bei dem freien Wahlrecht, das vorgesehen ist, wird die Nationalversammlung, für deren baldigen Zusammentritt jetzt auch das bayrische Ministerium Eisner sich entschieden hat, schon der rechte Ausdruck einer gewaltigen Mehrheit sein.

Dann hat man doch wenigstens ein Organ, um Frieden zu schließen, und in den großen Grundrissen die neue Gelehmäßigkeit für das Reich herzustellen. Jemand ein Dach müssen wir doch in dem Anwitter dieser kümmerlichen Zeit über dem Kopf haben. Später wird immer noch Zeit sein, es auszubauen und umzubauen.

Ist die Nationalversammlung vorhanden, dann kann auch der Feind mit uns in Friedensverhandlungen eintreten. Erst der Abschluß des Friedens schafft uns die Möglichkeit, das Reich wieder wohnlich einzurichten.

Präsident Wilson hat am Dienstag die Fahrt über den Atlantischen Ozean angetreten, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Er kommt nicht als Präsident der Vereinigten Staaten, sondern als Mitglied der amerikanischen Friedensgesandtschaft. Wenn er den Boden Frankreichs betritt und Gelegenheit erhält, sich über die Ereignisse der letzten Wochen unmittelbar zu unterrichten, so wird er wohl feststellen, daß sein Geist und sein Wollen nirgendwo mehr mißverstanden worden sind, als bei seinen Verbündeten. Frankreich und England schiden sich an, unter sich eine ungeheure Beute zu verteilen, die sie in der Hauptsache der amerikanischen Hilfe verdanken.

Wilson hat in seinen Grundrissen das Recht aller Völker betont, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. In einer der berühmtesten Botschaften des Präsidenten, der vom 23. Januar 1917, wurden die europäischen Staaten eingeladen, im Sinne der Monroe-Doktrin allen Völkern das Recht zuzuerkennen, ihr Geschick und ihre Führung selbst in die Hand zu nehmen. Heute sieht Wilson Frankreich, England und Italien am Werke, die Grundröße seiner Botschaften, die bestimmt waren, neue Regeln des Völkerlebens zu schaffen, völlig ins Gegenteil zu verkehren.

Frankreich hat schon vor dem Kriege ein gewaltiges Kolonialreich erobert, dessen Entwicklung nachgerade über die Kräfte der Pariser Regierung ging. Nun will es in Europa neue Eroberungen machen, zu Elsaß Lothringen noch Teile Rheinpreußens schlagen, obgleich es sich hier um uralten deutschen Kulturboden handelt. Die Pfalz

sowohl wie das Saarbrücker Land sind deutsche Kernlande, deren Erinnerungen an Frankreich sich vornehmlich auf die Nordbrennereien der französischen Feldherren Melac und Turenne beschränken.

Vollends mißlaunig muß es Wilson stimmen, sobald er von den Auseinandersetzungen in der englischen Presse hört. Als ob es sich um einen Gewaltfrieden, nicht um einen Rechtsfrieden handelte, untersucht sie, was aus den deutschen Kolonien werden soll. Deren Zukunft ist in Wilson's Grundrissen schon mitbestimmt worden. Die beteiligten Regierungen sollen gehdelt und das Recht auf Kolonialbesitz keinem Staat versagt werden. Dagegen lassen die englischen Imperialisten, die doch den Krieg wahrhaftig nicht gewonnen haben, schon die Würfel über das Schicksal Deutsch-Ost- und Südwestafrikas rollen.

Deutsch-Ostafrika ist dank der rühmvollen Verteidigung Lettow-Vorbeck's niemals völlig erobert worden. Er hat die Waffen im Rahmen der allgemeinen Kriegslage in Europa gestreckt, aber nicht, weil ihn die englischen Truppen gefährlich umstellt hatten. Ob es Wilsons Auffassung der zukünftigen Völkergemeinschaft entspricht, daß Kleinasien fast restlos an Großbritannien fällt, das können erst die Vorgänge auf der Friedenskonferenz lehren.

Der Präsident wird in Paris und London sicher mit Jubel und Auszeichnung empfangen werden. Franzosen und Briten, Italiener und Rumänen wissen, daß die Schicksalswende im Krieg ein Erfolg der Politik Wilsons ist. Deutschland wäre nicht geschlagen worden, hätte seine Gegner überall und von allen seinen Grenzen ferngehalten, wenn nicht der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg die Wage zu Ungunsten Deutschlands gesenkt haben würde. Wir sind nicht besiegt worden. Der Haß der Feinde kann uns nicht dauernd schwächen. Ob es Wilson gelingt, seine Verbündeten wieder auf den Boden politischer Tatsachen zu vereinigen, werden die nächsten Wochen zeigen.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Prinz Heinrich von Preußen hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach er bestrebt sein will, einer geordneten, gefeg- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß er sich aber andererseits an die Person des Königs als gebunden erachten und